

Abschließende Beratung:

**Gebührenpflicht nach dem Waffengesetz für Niedersachsen regeln!** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/5176 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 16/5344

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir treten in die Beratung ein. Ich erteile der Kollegin Janssen-Kucz das Wort.

**Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grünen-Fraktion beantragt, endlich die Gebührenpflicht nach dem Waffengesetz in Niedersachsen zu regeln. Nach dem Waffengesetz sind die Kommunen für die Kontrolle der Waffenbesitzerinnen und -besitzer zuständig. Die Kommunen sind verpflichtet, diese Regelüberprüfungen nach § 4 Abs. 3 des Waffengesetzes vorzunehmen. Mit Inkrafttreten des neuen Bundeswaffengesetzes 2009 wurden und werden die Kontrollen verschärft.

Aus der Antwort auf unsere Anfrage an die Landesregierung vor ungefähr eineinhalb Jahren ging hervor, dass zwischen Juli 2009 und Dezember 2011 landesweit fast 15 000 Kontrollen von Waffenbesitzern durchgeführt wurden. Überall in Niedersachsen sind Überprüfungen intensiviert worden. In der Landeshauptstadt Hannover gibt es jährlich ca. 900 Kontrollen, bei mir im Landkreis Leer ungefähr 500 Kontrollen. Im Land Niedersachsen lag die Waffenkontrollquote damit im Schnitt bei 5,79 % und in 2011 bei 7,53 % - trotz der hohen Zahlen. Das ist bei Weitem nicht ausreichend. Die Kontrollen müssen und sollen intensiviert werden,

(Zustimmung bei der LINKEN)

so wie es das Gesetz vorsieht; denn, liebe Leute, es geht um die Sicherheit der Bevölkerung. Es geht nicht an, dass die Kosten für die notwendigen Überprüfungen von den Kommunen alleine getragen werden.

Die Gebühren nach dem Waffengesetz wurden bisher sowohl für den Bund als auch für die Länder in einer Kostenverordnung zum Waffengesetz geregelt. Mit der Änderung des Waffengesetzes müssen die Länder eigene Kostenregelungen für diesen Bereich schaffen. Die Gebührentatbestände wurden zwischen den Nordländern abgestimmt. Doch Niedersachsen hat immer noch keine Änderung auf den Weg gebracht. Hier duckt sich die Landesregierung weg, aber auch die SPD duckt sich hier weg. Sie alle wollen keine Gebühren und scheinbar auch keine regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit der persönlichen Eignung, wie es im Waffengesetz vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie auf: Geben Sie Ihre Blockade auf, und sorgen Sie dafür, zeitnah die niedersächsische Allgemeine Gebührenordnung im Sinne dieser Kostenvereinbarung zwischen den Nordländern und eine Gebühr für eine gesetzlich vorgesehene Regelüberprüfung in kostendeckender Höhe für die vorgesehenen Maßnahmen zur Kontrolle auf den Weg zu bringen! Lassen Sie die Kommunen nicht im Stich! Sorgen Sie für mehr Sicherheit!

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Hausmann das Wort.

**Karl Heinz Hausmann (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gebührenpflicht nach dem Waffengesetz: Das Waffengesetz regelt den Umgang mit Waffen und Munition unter Berücksichtigung der Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. So steht es im Gesetz. Das Waffenrecht schafft einen angemessenen Ausgleich zwischen den Sicherheitsbelangen des Staates und den berechtigten Interessen legaler Waffenbesitzer, z. B. Jägern, Sportschützen und Sammlern.

Wir haben im Waffenrecht erhebliche Änderungen gehabt. Wir haben die erste Änderung 2002 gehabt, dann umfangreiche Änderungen 2008 und nach dem Amoklauf von Winnenden zusätzliche Verschärfungen, was die Lagerung von Waffen und Munition angeht.

Betroffen davon sind immer die Waffenbesitzer und besonders - das ist für uns sicherlich eine wichtige Sache - auch die Sportschützen. Die Sportschützen wurden über Jahre mit neuen Veränderungen konfrontiert. Wenn ich über die Jahre hinweg in die Sportvereine gekommen bin, gab es immer die Diskussionen über neue Änderungen im Waffenrecht und neue Auflagen für die Sportschützen.

Wenn es um Sicherheitsauflagen geht, ist es überhaupt keine Frage, dass wir hinter den neuen Sicherheitsvorschriften stehen und sie einfordern müssen. Hier aber geht es einen Schritt weiter. Es geht um die Gebühren.

(Unruhe)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege, darf ich kurz unterbrechen? - Ich muss gar nichts mehr sagen. - Bitte!

**Karl Heinz Hausmann (SPD):**

Wie gesagt: Wir stehen hinter der Verschärfung des Waffengesetzes. Wir verantworten und vertreten sie mit. Aber hier geht es um Gebühren. Es geht hier um ein Sportgerät. Die Sportler sind sensibel und können mit den Waffen umgehen. Ich glaube, das machen sie vorbildlich. Sie sagen, das ist mein Sportgerät, und fragen: Ich soll für mein Sportgerät Gebühren bezahlen?

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Es ist einmalig, Gebühren für ein Sportgerät zu bezahlen. Deshalb haben wir gesagt: Wir können diesen Wunsch nicht mittragen.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir reden über das Thema ganz besonders vor dem Hintergrund, dass das Ehrenamt gestärkt werden soll. Gerade der Sport bei den Sportschützen wird vom Ehrenamt getragen. Einerseits sprechen wir über eine Stärkung des Ehrenamtes. Wenn aber andererseits eine Gebühr erhoben wird, tun wir genau das Gegenteil. Das wollen wir sicherlich nicht.

Abgesehen davon spricht man in dem Antrag über eine Einnahme von 1 Million Euro. Ich frage mich bei der 1 Million Euro, die eingenommen werden soll: Wie viel Bürokratieaufwand steckt dahinter? Was bleibt von dem Betrag wirklich übrig? - Hinzu kommt, dass unsere Sportvereine vom Land über den Landessportbund gefördert werden. Dann sieht es so aus: Auf der einen Seite fördern wir finanziell, und auf der anderen Seite nehmen wir den Vereinen, zumindest den Sportschützen, dieses Geld in Form von Gebühren wieder weg.

Die SPD-Fraktion möchte weiterhin verlässlicher Partner der Sportvereine und der Sportschützen sein. Wir lehnen deshalb den Antrag der Grünen ab und werden der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Ahlers das Wort.

(Zuruf von der CDU: Zeige jetzt, wo der Haken hängt! - Gegenruf von der SPD: Ihr seid voller Haken! - Zuruf: Widerhaken!)

**Johann-Heinrich Ahlers (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert mit ihrem Antrag die Einführung von Gebühren für alle Besitzer legaler Waffen. Präzise ausgedrückt heißt das aber für uns: Schützen und Jäger sollen gleich dreimal zur Kasse gebeten werden.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Denn neben einer Anpassung der niedersächsischen Allgemeinen Gebührenordnung im Sinne des Waffengesetzes sollen eine zusätzliche Gebühr für die Regelüberprüfung nach § 4 Abs. 3 des Waffengesetzes und eine Gebühr für die Kontrolle und Nachkontrolle von Maßnahmen zur sicheren Aufbewahrung eingeführt werden.

Meine Damen und Herren, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will die Zuverlässigkeit der Waffenbesitzer nicht nur kontrollieren, sondern die Kontrolle auch mit Gebühren belegen. Ich sage: Die Rechtsmaterie ist sehr komplex. Denn Kommunen verlangen für Amtshandlungen selbstverständlich kostendeckende Gebühren.

Am Beispiel der Jäger möchte ich verdeutlichen, dass die Gebühren bereits kostendeckend bezahlt werden. Denn die Zuverlässigkeitsüberprüfung ist zwingende Voraussetzung dafür, dass z. B. der Jagdschein ausgestellt werden kann. Seit 2002 wird bei der Jagdscheinerteilung die waffenrechtliche Zuverlässigkeit überprüft. Für diese Amtshandlung bezahlen die Jäger bereits eine Gebühr. Diese Gebühr der Kommunen für die Neuausstellung des Jagdscheines ist so hoch, dass sie die Kosten der schon immer erforderlichen Zuverlässigkeitsprüfung deckt.

Ähnlich verhält es sich übrigens bei den Schützen, deren Zuverlässigkeit in regelmäßigen Abständen gemäß den Bestimmungen des Waffengesetzes nachgewiesen werden muss.

Meine Damen und Herren, die inhaltliche Debatte im Innenausschuss möchte ich nur kurz ansprechen. Sie zeigte, dass es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in erster Linie darum ging, die kommunalen Haushalte zu entlasten, und zwar auf Kosten der Jäger und Schützen.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Die Fraktion DIE LINKE verfolgte sogar das Ziel, mit höheren Gebühren die Anzahl der legalen Waffen zu reduzieren.

(Zuruf von der CDU: Oh! - Zuruf von der LINKEN: Weil Waffen gefährlich sind!)

Herausstellen möchte ich, dass, wie eben von Herrn Hausmann vorgetragen, die SPD-Fraktion ebenso wie wir diesen nicht nachvollziehbaren Antrag ablehnt. Aber was bedeutet das? Wer bietet die Gewähr dafür, dass es auch so bleibt, wie es ist?

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Ein Blick in das benachbarte rot-grün regierte Bundesland Bremen muss jedem Schützen und jedem Jäger zu denken geben. Zunächst sollte dort eine hohe Waffensteuer eingeführt werden, dann war der Aufschrei bei den Schützen und Jägern sehr groß, und nun haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Regelüberprüfung eingeführt.

Meine Damen und Herren, abschließend: Wir debattieren hier insbesondere über die Zuverlässigkeit. Auch wenn die SPD heute diesen Entschließungsantrag ablehnt, hat Bremen gezeigt, dass ein rot-grünes Bündnis alles andere als zuverlässig für die Jäger und Schützen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir von der CDU betonen stets, dass sich die Schützen und Jäger mit ihren ehrenamtlichen Leistungen für das Gemeinwohl einsetzen und damit in Niedersachsen fest verwurzelt sind.

(Zuruf von der SPD: Das machen wir auch!)

Diese Leistungen sollen von uns nicht mit unnötigen weiteren Gebühren belastet werden. Da bleibt die CDU zuverlässig. Wir lehnen diesen Antrag ab.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich gebe jetzt der Kollegin Janssen-Kucz das Wort zu einer Kurzintervention.

**Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):**

Ich habe mich zur Kurzintervention gemeldet, weil das Stichwort „Bürokratieaufwand“ fiel. Es ist überhaupt kein Problem, das wie in vielen anderen Bereichen - von Auto-TÜV-Gebühr bis sonst wohin - seitens der Kommunen ganz ordnungsgemäß abzuwickeln.

(Editha Lorberg [CDU]: Jäger und Schützen zahlen doch schon genug!)

Es ist etwas absurd, in der Hinsicht von Bürokratieaufwand zu sprechen, da es um Sicherheit, aber auch um kostendeckende Einnahmen für die Kommunen geht. Beispielsweise hat die Landeshauptstadt Hannover zwei zusätzliche Planstellen eingerichtet.

Ich habe mich auch noch aus einem anderen Grund gemeldet, Herr Kollege Ahlers. Ich habe nicht verstanden, weshalb Sie sich einer schriftlichen Anhörung im Ausschuss - mit den kommunalen Spitzenverbänden, gerne mit den Sportschützen und den Jägern -, um sich intensiv mit der Materie auseinanderzusetzen und das nicht einfach so abzulehnen, verweigert haben.

(Editha Lorberg [CDU]: Wir haben mit ihnen gesprochen! Wir kennen deren Meinung!)

Darauf hätte ich gerne eine Antwort von Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Herr Kollege Hausmann möchte hier ebenfalls eine Kurzintervention vortragen. Bitte!

**Karl Heinz Hausmann (SPD):**

Herr Kollege Ahlers, ich habe mich bemüht, sehr sachlich vorzutragen. Dass dann doch eine politische Veranstaltung daraus wurde, finde ich nicht ganz so gut. Wenn ich dann höre, dass Parallelen gezogen werden, muss ich Ihnen mit einem Sprichwort entgegen: Was ich selber tue, das traue ich auch den anderen zu.

(Editha Lorberg [CDU]: Darum geht es ja!)

Ich glaube, bei Ihnen haben wir die besten Beispiele. Gerade wenn es darum geht, auf kleine Parteien zu hören, dann haben Sie das am besten vorgemacht: Mövenpick und Betreuungsgeld lassen grüßen! - Wir haben die klare Aussage gemacht, dass wir zu unseren Sportvereinen stehen. Bitte legen Sie uns nicht etwas in den Mund, was wir nicht gesagt haben!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich frage: Möchte der Kollege Ahlers für die CDU-Fraktion antworten?

(Johann-Heinrich Ahlers [CDU]: Nein!)

- Nein. - Dann erteile ich jetzt der Kollegin Zimmermann das Wort.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Das ist doch albern! Diese Rechthaberei! -  
Zuruf von Ernst-August Hoppenbrock [CDU])

- Herr Kollege Hoppenbrock, Ihre Äußerungen wie auch andere kommen hier oben an. Ich bitte, das bei den Äußerungen zu bedenken.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Nicht erwischen lassen, heißt das!)

**Pia-Beate Zimmermann (LINKE):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was hier heute mit der ablehnenden Beschlussempfehlung des Innenausschusses zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen geschieht, könnte man auch als kollektiven Kniefall von CDU, FDP und SPD vor der Waffenlobby bezeichnen.

(Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Mal schauen, meine Damen und Herren, wie genau diese politischen Kräfte kraftvoll und betroffen hier im Parlament reden, wenn wieder Menschen zum Opfer von Amokläufen werden!

Meine Damen und Herren, es geht hier um die Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

(Björn Thümler [CDU]: Das wird ja immer abenteuerlicher von Ihnen! - Zuruf:  
Das hat doch gar nichts damit zu tun!)

- Ich habe nicht alle, oder was war das gerade für ein Zwischenruf?

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Was?)

Der Vorschlag der Grünen, Gebührentatbestände im Waffengesetz zu regeln, zielt in die richtige Richtung und wird von uns ausdrücklich unterstützt. Im Wahlprogramm der Linken zur Landtagswahl wird eine sogenannte Waffenbesitzsteuer in Höhe von 100 Euro pro Waffe und Jahr vorgeschlagen. Das ist aus unserer Sicht eine gute Ergänzung zum Vorschlag der Grünen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will nochmals unsere grundsätzliche Forderung in der Frage des privaten Waffenbesitzes zum Ausdruck bringen. Die Linksfraktion fordert die Landesregierung abermals auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass Waffen und Munition künftig nur noch in entsprechend gesicherten Arsenalen von Organisationen und Vereinen aufbewahrt werden dürfen.

(Beifall bei der LINKEN - Editha Lorberg [CDU]: Das geht doch in der Realität gar nicht! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Natürlich sind Schranken überwindbar. Aber es hat sich gezeigt, dass auch der Waffenschrank von Papa oder Mama überwindbar ist. Die Tatsache, dass in Deutschland 20-mal - 20-mal! -

mehr Waffen in Privathand als bei der Polizei sind, spricht doch Bände und macht die Dimension des damit verbundenen Risikos richtig deutlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Um dieses Risiko zu reduzieren, meine Damen und Herren, kann man Waffen da aufbewahren, wo sie gebraucht werden, nämlich da, wo sie Sportschützen und Jäger brauchen,

(Clemens Große Macke [CDU]: Also im Wald!)

und auf keinen Fall zu Hause.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Hermann Dinkla:**

Ich erteile jetzt dem Kollegen Oetjen das Wort.

**Jan-Christoph Oetjen (FDP):**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Hause in letzter Zeit schon sehr regelmäßig über das Waffenrecht diskutiert. Anlass waren häufig sehr, sehr tragische Amokläufe an Schulen. Aber das, was Sie, Frau Zimmermann, sich hier gerade geleistet haben, schlägt wirklich dem Fass den Boden aus. Das möchte ich hier sehr, sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Menschen, die Sie als Waffenlobby bezeichnen, sind Zehntausende Sportschützen, die für uns in Niedersachsen Partner im Sport sind und denen wir vertrauen, sind 60 000 Jägerinnen und Jäger, die vor Ort hervorragende Naturschutzarbeit leisten, ohne die wir ein so gutes, tolles und schönes Bundesland gar nicht hätten. Und das bezeichnen Sie als Waffenlobby.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich kann Ihnen wirklich nur sagen: Für CDU und FDP sind das Partner.

Wir haben in der Vergangenheit in den Diskussionen zum Waffenrecht immer wieder gehört, dass Linke, aber auch Grüne diesen Partnern, den Sportschützen und den Jägern, misstrauen. Mit dem Antrag, den Sie hier vorlegen, wollen Sie eine als Gebühr getarnte Waffensteuer durch die Hintertür einführen. Ich sage Ihnen ganz klar: Das ist mit CDU und FDP nicht zu machen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das wollen wir nicht, insbesondere im Hinblick darauf, dass die Landkreise und die kreisfreien Städte Vorortkontrollen durchführen. Ich habe das Gefühl, dass die Sportschützen und Jäger dazu auch bereit sind. Sie machen die Tür auf und sagen: Ja, kommt herein, guckt euch das an! Wir haben nichts zu verstecken. Wir wollen euch zeigen, dass bei uns alles in Ordnung ist. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das mit einer Gebühr zu belegen, ist wirklich der falsche Weg. Wir sollten den Weg der Kooperation und des Vertrauens gehen und hier nicht solche Misstrauensanträge stellen, wie Sie es hier machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)